

3197/J XXII. GP

Eingelangt am 28.06.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Gertrude Brinek
Kolleginnen und Kollegen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend Leistungen für das Bundesland Wien im Schulbereich

Durch verschiedene Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft, insbesondere durch die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie haben sich die Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler, an die Lehrerinnen und Lehrer und an das gesamte Bildungswesen gegenüber dem zwanzigsten Jahrhundert stark gewandelt.

Im österreichischen Schulsystem vollzieht sich seit zehn Jahren ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel. Anstelle einer hierarchischen Zentralverwaltung sind Schulautonomie und Eigenverantwortung getreten. Die für die Schulen dadurch neu geschaffenen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten erfordern gesicherte Rahmenbedingungen auf der Grundlage objektiver Kriterien.

Die SPÖ in Wien behauptet bei vielen Gelegenheiten, dass Wien angeblich vom Bund bildungspolitisch „ausgehungert“ würde. Nach Auffassung der unterfertigten Abgeordneten liegt das aber nicht an einem Mangel an Ressourcen, sondern an einer ineffizienten Verwaltung der vom Bund der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Bundesmittel durch die Rathaus-SPÖ. Um das anhand von Fakten zu demonstrieren, richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur folgende

Anfrage:

1. Welche Projekte und Initiativen hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur seit dem Jahr 2000 gesetzt, um die Qualität an den Wiener Schulen zu verbessern?
2. Welche finanziellen Mittel wurden vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur seit dem Jahr 2000 für gesicherte Rahmenbedingungen dem Schulwesen in Wien zur Verfügung gestellt?